

Analyse

Inguschetien: soziale und politische Instabilität und Möglichkeiten ihrer Beseitigung

Von Sergey Markedonov, Moskau

Zusammenfassung

Inguschetien, die kleinste Region Russlands, ist in einen scheinbar endlosen Kreislauf der Gewalt geraten. Die Ernennung von Präsident Junus-bek Jewkurow vor gut einem Jahr gab Anlass zu der Hoffnung, dass sich etwas ändern könnte, die Lage in Inguschetien bleibt aber instabil. Jewkurows Vorgänger verletzte im Kampf gegen den Terrorismus Bürger- und Menschenrechte und schuf somit eine säkulare und islamistische Opposition. Jewkurow verfolgt einen neuen Kurs, indem er einen Dialog mit der Zivilgesellschaft begonnen hat, aber alle seine Bemühungen und das Attentat, das auf ihn verübt wurde, zeigen, dass nicht ein Mann alleine alle Probleme lösen kann. Eine umfassende Politik ist nötig.

Die »inguschetische Herausforderung«

Die politische Lage in Inguschetien, der kleinsten Region Russlands (wenn die beiden Städte, die der Föderation direkt untergeordnet sind, nicht gezählt werden), die in direkter Nachbarschaft zu Tschetschenien liegt, ist in den letzten Jahren immer wieder in den Brennpunkt der öffentlichen Aufmerksamkeit geraten. Erst im Juni 2009 wurden die Stellvertretende Vorsitzende des Höchsten Gerichtes der Republik, Asa Gasgirejewa, und Baschir Auschew, der in den 1990er Jahren Innenminister der Republik und danach Vizepremier mit Verantwortung für die Sicherheitskräfte war, durch Anschläge ermordet. Am fünften Jahrestag des Angriffes der Untergrundkämpfer von Schamil Basajew auf Nasran und Karabulak, dem 22. Juni 2009, wurde ein Anschlag auf den Präsidenten Inguschetiens, Junus-bek Jewkurow, verübt; am 25. Oktober 2009 wurde der bekannte Menschenrechtler Makscharip Auschew im eigenen Wagen in der Nachbarrepublik Kabardino-Balkarien erschossen.

Heute wird Inguschetien in Kommentaren zur ethno-politischen Lage in der Republik oft direkt oder indirekt mit Tschetschenien verglichen. Die Lage in Inguschetien unterscheidet sich aber wesentlich von der in der Nachbarrepublik. Dies ist sehr wichtig, um erstens die »inguschetische Herausforderung« zu verstehen und zweitens eine Strategie zu formulieren, um die politischen Turbulenzen in der kleinsten Republik des russischen Kaukasus in den Griff zu bekommen.

Am 30. Oktober 2009 jährte sich das Datum des Ukases von Dmitrij Medwedew »Über die vorzeitige Beendigung der Vollmachten des Präsidenten der Republik Inguschetien« zum ersten Mal. Dieser Ukas beendete die politische Karriere des zweiten Präsidenten der kleinsten nordkaukasischen Republik Murat Sjasikow (der dieses Amt seit April 2002 innegehabt hatte) und

gab den Startschuss die politische Karriere von Junus-bek Jewkurow, der am 30. Oktober 2008 den inguschetischen politischen Olymp erklimmte. Bis dahin nur in einem kleinen Kreis von Militärexperten bekannt, wurde der Offizier (der allerdings eine glänzende Karriere vorzuweisen hatte, mit Dienst bei der Marineinfanterie, Abschluss der Hochschule für Fallschirmjägeroffiziere in Rjasan, Erfahrung bei Kampfeinsätzen im Nordkaukasus und bei der Friedenssicherung auf dem Balkan) im Laufe eines Jahres über die Grenzen der Republik hinaus bekannt.

Gerade einen Tag nach Medwedews Ukas wurde die Kandidatur Jewkurows durch die Volksversammlung (das inguschetische Parlament) fast ohne Gegenstimmen angenommen. Die Personalentscheidung Medwedews führte sowohl bei Politikern als auch bei Experten zu überhöhten Erwartungen. Die Lage in Inguschetien erinnerte mehr und mehr an ein Auto, dessen Steuerung versagt hat. Die Zahl von Terroranschlägen, Sabotageakten, sogar von offenen kriminellen Auseinandersetzungen nahm von Tag zu Tag zu. Offiziellen Angaben der inguschetischen Staatsanwaltschaft zufolge stieg die Zahl von Mordanschlägen gegen Angehörige der Sicherheits- und Strafverfolgungsbehörden im Jahr 2007 um 85 % (!) gegenüber dem Vorjahr. Gleichzeitig hatten sowohl Dmitrij Medwedew wie auch die Partei »Einiges Russland« bei der Präsidentenwahl 2008 bzw. der Dumawahl 2007 in dieser Region ein Rekordergebnis erzielt, was aber keineswegs mit der Sicherheitslage in Einklang stand. Es schien, als ob die Regierung in einer eigenen Welt lebte, in der eine Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft für unnötig, ja sogar für ein Zeichen politischer Schwäche gehalten wurde. Im Endergebnis wuchsen radikale Stimmungen sogar in der säkularen Opposition, die dem russischen Staat gegenüber

loyal eingestellt und gegen separatistische Tendenzen war. Der Aufruf, den ersten Präsidenten Inguschetiens, Ruslan Auschew, wieder in das Präsidentenamt einzusetzen, die Aktion »Ich habe nicht gewählt« (eine Reaktion auf die Dumawahl im Dezember 2007) und Massendemonstrationen im Januar 2008 waren Ausdruck dieser Stimmung. Vor diesem Hintergrund wurde die Ernennung Jewkurows als lang erwartete und überfällige Lösung gesehen.

Tejps und Moskauer Beamte

Dies hat sich aber leider als Fehlschluss erwiesen. Auch ein Jahr nach dem Wechsel im höchsten Amt der Republik ist Inguschetien im Aufruhr; ein Jahr nach der Ernennung Jewkurows vermitteln sowohl die Regierung der Republik als auch die Föderalregierung den Eindruck der Ratlosigkeit. Die Behörden aller Ebenen wissen nicht, welche Ressourcen sie einsetzen sollen, um die Lage in Inguschetien zu stabilisieren. Im Oktober 2009 wurde die Regierung umgebildet. Premierminister Raschid Gajsanow, der Präsident Jewkurow nach dem Anschlag auf den Präsidenten vertreten hatte, musste zurücktreten (mit der offiziellen Begründung, er sei der wirtschaftlichen Situation nicht gewachsen) und wurde durch Alexej Worobjow ersetzt, einen Vertreter der Silowiki, der sich bisher nicht durch Wirtschaftsreformen hervorgetan hatte. Dies provozierte die Debatte (die nebenbei gesagt nicht allzu professionell war), ob ein Mann aus dem föderalen Zentrum den inguschetischen Klags gewachsen sei.

Gleichzeitig mit dieser Versetzung eines weiteren »Mannes aus Moskau« (der neue Premierminister ist nicht der erste Beamte, der aus dem Zentrum nach Inguschetien abgeordnet wurde) äußerte Präsident Jewkurow die Notwendigkeit, einen Rat der *Tejps* (d. h., aus Vertretern der inguschetischen territorialen Klags bestehend) zu etablieren. In den Worten von Jewkurow »soll der Rat der *Tejps* eine echte Hilfe sowohl für die Regierung als auch für die Gesellschaft als Ganzes sein, damit wir in Inguschetien Ordnung schaffen können«. Dies provozierte ein weiteres Mal die Debatte – auf niedrigem Niveau – über die Rolle der »Tradition« im Nordkaukasus (der ohnehin schon von vielen in Moskau als ethnografisches Naturschutzgebiet betrachtet wird). Zu guter Letzt wurde der reiche russische Geschäftsmann (Oligarch) inguschetischer Herkunft Michail Guzeriew »rehabilitiert«. Gegen Michail Guzeriew war im August 2007 vom Twerskoj-Gericht in Moskau ein Haftbefehl in Abwesenheit ausgestellt worden, gleichzeitig wurde er zur internationalen Fahndung ausgeschrieben. Ende Oktober 2009 wurde diese Präventivmaßnahme abge-

schwächt und in die schriftliche Verpflichtung umgewandelt, den Aufenthaltsort nicht zu verlassen. Wer welche Fäden gezogen hat, um den früheren Chef von »RussNeft« teilweise zu »rehabilitieren«, lässt sich nicht feststellen, wichtig ist in diesem Kontext nur, dass der »Faktor Guzeriew« zur »Befriedung« Inguschetiens eingesetzt werden kann, parallel zur Institutionalisierung der *Tejps*, der Abordnung von föderalen Beamten und der Verwaltung der inguschetischen Miliz von außen (d. h., durch einen Beamten des föderalen Zentrums – dies wurde nach dem spektakulären Selbstmordanschlag auf die Regionalverwaltung des Innenministeriums am 17. August 2009 eingeführt).

Was bedeutet dieses eklektische Sammelsurium von administrativen Maßnahmen? Dass die Regierung im Laufe des letzten Jahres keine Unterstützung für eine grundlegende Änderung der Lage gefunden hat, daher versucht sie, sich an alles zu klammern, was ihr in die Hände kommt, seien es die *Tejps*, ein in Ungnade gefallener Oligarch oder »föderale Kräfte«. Heißt das, dass die Ernennung Jewkurows im letzten Jahr nichts gebracht hat? Ich meine, ein solcher Schluss ist verfrüht und vereinfacht.

Zwei Regierungsmodelle, zwei Oppositionen

Jewkurow erbt politische Probleme, die jahrelang nicht gelöst worden waren. In der postsowjetischen Periode gab es in Inguschetien zwei Regierungsmodelle. Das Modell des ersten Präsidenten, Ruslan Auschew (1993 – 2002), beinhaltete u. a. eigene Kontakte zu den Separatisten in der Nachbarrepublik Tschetschenien, Vermittlung zwischen der nichtanerkannten Republik »Itschkeria« [d. h., Tschetschenien] und dem föderalen Zentrum und Etablierung einer *offshore*-Steuerzone. Dieses Regierungskonzept machte Inguschetien zu einem Staat im Staate, abgeschlossen und dem Rest des Landes entgegengestellt. Obwohl er oft beschuldigt wurde, Komplize von Separatisten zu sein, optierte Auschew dennoch nicht für die tschetschenische Lösung. Sein Regierungsstil war autoritär (1993 – 1995 war die Tätigkeit aller gesellschaftlichen und politischen Gruppen verboten) und trug sehr dazu bei, in Inguschetien eine eigene politisch-rechtliche und wirtschaftliche Struktur aufzubauen. Allerdings warfen weder Auschew noch andere inguschetische Politiker, die Anspruch auf das Präsidentenamt erhoben, die Frage eines Austritts aus der Russischen Föderation auf.

Sjasikow stand für das zweite Regierungsmodell. Er wurde am 28. April 2002 im zweiten Wahlgang gewählt, mit, wie von vielen Beobachtern angemerkt, überwältigender Unterstützung durch das föderale Zentrum.

Heute wird in den russischen Massenmedien die Meinung geäußert, dass Sjasikow ein »Outsider« war, der keine Ahnung von der inguschetischen Realität hatte, diese Ansicht ist aber nicht ganz richtig. 1992 – 1996 war Sjasikow Stellvertretender Sicherheitsminister und Stellvertretender Leiter der Verwaltung des FSB [des Inlandsgeheimdienstes] für die Republik Inguschetien und gleichzeitig Sekretär des Sicherheitsrates der Republik. 1996 – 2002 war er Stellvertretender Leiter der Verwaltung des FSB des Gebietes Astrachan und gleichzeitig Mitglied der Kommission des Föderationsrates zu den Problemen des Nordkaukasus. Vor seiner Wahl zum Präsidenten arbeitete er einen Monat im Apparat des Bevollmächtigten des Präsidenten im Südlichen Föderalbezirk. Er war also kein »Outsider« in Inguschetien, hatte aber seine eigenen sehr spezifischen Ansichten über eine mögliche Verbesserung der Lage in der Republik. In seiner sechsjährigen Regierungszeit war nichts mehr von der Opposition seines Vorgängers zum föderalen Zentrum zu bemerken, darüber hinaus erzielte die regierende Partei »Einiges Russland« gute Wahlergebnisse. Der Dialog mit Nichtregierungsorganisationen und Menschenrechtlern wurde allerdings beendet; während der Amtszeit Sjasikows gab es nicht einen einzigen Kongress des inguschetischen Volkes (diese Kongresse sind im Wesentlichen der Kongress der Zivilgesellschaft Inguschetiens). In dieser Zeit fand einer der heftigsten Angriffe gegen die Republik Inguschetien in der gesamten postsowjetischen Periode statt: In der Nacht zum 22. Juni 2004 griff Schamil Basajew mit einer großen Zahl von Untergrundkämpfern die Städte Nasran und Karabulak an, wobei es 97 Tote und 105 Verletzte gab (in der Hauptsache Angehörige des Sicherheitsapparates der Republik). So zynisch es auch klingt – dieser Angriff wurde zu einem Wendepunkt für die Stimmung in der inguschetischen Gesellschaft und diente dazu, konstruktive Beziehungen zwischen den Regierungen aller Ebenen und der Opposition anzubahnen. Allerdings führten die darauffolgenden gemeinsamen antiterroristischen Operationen des föderalen Zentrums und der inguschetischen Sicherheitsbehörden, bei denen Gesetze gebrochen und Amtsvollmachten missbraucht wurden, dazu, dass wieder eine Mauer gegenseitigen Unverständnisses zwischen Regierung und Gesellschaft errichtet wurde.

Im Ergebnis entstanden in Inguschetien 2007 – 2008 zwei Protestströmungen. Die erste war die säkulare Opposition (Menschenrechtler und Mitglieder von NGOs), deren Motivation für Protest die Exzesse des Sicherheitsapparates waren. Ihre Mitglieder blieben innerhalb des Rahmens des russischen Rechtes und

appellierten an die föderale Regierung, auch waren sie es, die auf vielfache Gewalt gegen ethnische Minderheiten in der Republik, vor allem gegen Russen, aufmerksam machten. Die zweite oppositionelle Strömung war seit der Mitte der 2000er Jahre der radikale islamistische Untergrund, der Terroranschläge ausweitete und an dem Anschlag auf Jewkurow vom 22. Juni 2009 beteiligt war.

Jewkurows »Neuer Kurs«

Jewkurow musste daher jedem der oben dargelegten Themen verstärkte Aufmerksamkeit widmen. Viele dieser Probleme waren für ihn per Definition nicht lösbar, da sie nicht ohne Beteiligung des Staates als Ganzes entschieden werden können. In Inguschetien gibt es keine Großstädte, und alle Bereiche der sozialen Infrastruktur sind unterentwickelt. Weniger als die Hälfte der Bevölkerung (42,5 %) leben in den vier Städten der Republik: die neue Hauptstadt Magas, mit gerade einmal 415 Einwohnern die kleinste und jüngste Stadt Russlands; die einzige relativ große Stadt, und eigentliche Hauptstadt, Nasran (128.900 Einwohner); und zwei kleinere Städte, Malgobek (42.800 Einwohner) und Karabulak (32.700 Einwohner). In den vier landwirtschaftlichen Rayons der Republik gibt es nur 37 ländliche Siedlungen, deren durchschnittliche Einwohnerzahl mit 7.480 aber sehr hoch und 25 Mal so groß wie die Durchschnittsbevölkerung von russischen Dörfern ist. Fast drei Viertel der Bevölkerung Inguschetiens leben auf zehn Prozent des Territoriums der Republik, im Sunzhenski-Tal und angrenzenden Gebieten. Es ist offensichtlich, dass eine derartige Menge von Problemen nicht mit den Ressourcen einer kleinen, subventionierten Republik gelöst werden kann, ebenso wenig wie das Problem des Terrorismus. Ohne eine gemeinsame Strategie für den Nordkaukasus (in die Inguschetien zusammen mit Dagestan, Tschetschenien und dem westlichen Teil des Kaukasus in einem Gesamtkontext eingebunden ist) werden »neue Ansätze« in der Republik für sich genommen nur begrenzten Erfolg haben.

Der Berufsoffizier, Fallschirmjäger, Gardeoberst und Teilnehmer des bekannten Vormarsches der russischen Fallschirmjäger auf Priština Jewkurow machte die Wiederherstellung des Vertrauens der Bevölkerung zur Regierung der Republik zur »Chefsache«. Überhaupt war sein Verhalten im Amt des Präsidenten Inguschetiens untypisch für einen nordkaukasischen »Sultan«, so verzichtete er z. B. nach seiner Bestätigung im Amt durch das Parlament auf Inaugurationsfeierlichkeiten, um Geld zu sparen. In den ersten zwei Monaten seiner Amtszeit setzte er einen Dialog mit Persönlichkei-

ten des öffentlichen Lebens und Menschenrechtsaktivisten in Gang und begann die Vorbereitung eines Kongresses des inguschetischen Volkes. Sogar prominente Oppositionelle (es handelt sich natürlich um die säkulare Opposition, die bei ihrer Kritik der Regierung auf dem Boden russischen Rechtes blieben) sprachen sich für einen konstruktiven Dialog mit der Regierung aus; einige von ihnen arbeiteten sogar im Apparat des Präsidenten. Es wäre aber auch nicht angebracht, sich Jewkurow als »Menschenrechtler mit Epauletten« vorzustellen. Als Berufssoldat verzichtete er nicht auf antiterroristische Operationen, sondern erhob oft die Forderung, solche Operationen mit größerer Effektivität durchzuführen. Das Problem in diesem Zusammenhang ist ein anderes – kraft seiner Erfahrung bei Friedensmissionen auf dem Balkan versteht Jewkurow sehr gut, dass nur die Unterstützung der Gesellschaft Gewaltanwendung durch die Regierung legitimiert. Daher ist auch der Dialog mit Bevölkerung und Zivilgesellschaft notwendig. Zweitens muss Gewaltanwendung nicht nur effektiv sein, sondern auch streng im Rahmen des Gesetzes bleiben – dies ist der eigentliche Unterschied zwischen dem Staat und den Urhebern von Terroranschlägen.

Jewkurow ist es nicht nur gelungen, das Vertrauen der Bevölkerung in die Regierung wiederherzustellen, sondern auch eine Ausweitung des Konfliktes zwischen Inguschetien und Nordossetien abzuwenden. Nach dem Amtsantritt Jewkurows verzichtete die inguschetische Regierung auf offizielle Ansprüche auf den umstrittenen Prigorodnyj-Rayon und konzentrierte sich stattdessen auf Menschen- und Bürgerrechtsfragen, indem sie die Forderung erhob, die Rückkehr von Zwangsumsiedlern zu gestatten und deren Rechte in Nordossetien zu beachten. Jewkurow ernannte den erfahrenen Politiker und Unternehmer Mucharbek Auschew zu seinem Repräsentanten in Nordossetien. Im Gegenzug erklärte die nordossetische Regierung zum ersten Mal

seit den frühen 1990ern eine Rückkehr von Zwangsumsiedlern inguschetischer Ethnizität in das umstrittene Gebiet für möglich.

Zusammenfassend kann man feststellen, dass Jewkurow versucht, die Republik aus einer Situation herauszuführen, in der es nur die Wahl zwischen halber Unabhängigkeit mit relativer Stabilität einerseits und übermäßiger Loyalität gepaart mit einem Abgleiten in einen Bürgerkrieg andererseits gibt. Er hat auch versucht, eine weitere, im Großen und Ganzen künstlich erzeugte Vorstellung zu beseitigen, nämlich die, dass Sicherheit und Demokratie miteinander unvereinbare Alternativen sind. Letzteres hat ihm die unversöhnliche Feindschaft der Extremisten eingebracht, da dieser soziale und politische Kurswechsel sie der moralischen Unterstützung beraubt hat – es ist ja für sie viel einfacher zu agieren, wenn die zivile Verwaltung ineffektiv und korrupt ist und föderale und lokale Sicherheitskräfte wahllose »Säuberungen« durchführen.

Der »neue Kurs« Jewkurows hat aber auch gezeigt, dass es nicht ausreicht, nur ein »ehrlicher Offizier« zu sein. Er benötigt ein Team, das es nicht gibt, und eine Strategie, aber keine auf die Republik begrenzte, sondern eine für das ganze Land – die es auch nicht gibt. Das Beispiel der kleinsten Republik des russischen Kaukasus zeigt daher erstens, dass es unmöglich ist, punktuell in einer einzelnen Region etwas zu verbessern, ohne den Gesamtkontext zu verändern. Zweitens ersetzen persönlicher Eindruck und persönliches Beispiel nicht eine Systempolitik, in erster Linie eine Personalpolitik, die regionale Gouverneure mit Ideen und Menschen versorgen kann. Drittens sind grundlegende Veränderungen nicht möglich, solange Kenntnisse über das zu regierende Gebiet (in unserem Beispiel Inguschetien) nicht durch umfassende wissenschaftliche und praktische Kenntnisse der Region unterfüttert werden.

Übersetzung aus dem Russischen: Irina Neumann

Über den Autor:

Sergej Markedonow ist Politologe und unabhängiger Forscher in Moskau. Sein Interessengebiet ist der Kaukasus. Er ist Koautor der Studie: Jazykova A.A., Markedonov S.M.: Sewernyj Kawkas: sozialno-ekonomitscheskie i polititscheskie faktory sowremennych krisisow w nazionalnych respublikach [Der Nordkaukasus: sozio-ökonomische und politische Faktoren der heutigen Krisen in den nationalen Republiken]. M., Institut ekonomiki RAN. 2009